

Die Erwartungen der Bevölkerung an Entwicklungspolitik: Ergebnisse des DEval- Meinungsmonitors Entwicklungspolitik 2021

Eger, Jens; Sassenhagen, Nora; Schneider, Sebastian; Bruder, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eger, J., Sassenhagen, N., Schneider, S., & Bruder, M. (2021). *Die Erwartungen der Bevölkerung an Entwicklungspolitik: Ergebnisse des DEval-Meinungsmonitors Entwicklungspolitik 2021*. (DEval Policy Brief, 4/2021). Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-77587-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

DIE ERWARTUNGEN DER BEVÖLKERUNG AN ENTWICKLUNGSPOLITIK

Ergebnisse des DEval-Meinungsmonitors Entwicklungspolitik 2021

Zentrale Ergebnisse

- Hohe Armut, geringe Korruption und eine mehrheitlich christliche Bevölkerung sind entscheidende Faktoren dafür, ob Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit einem bestimmten Partnerland von der Bevölkerung Deutschlands unterstützt wird.
- EZ mit Ländern in Subsahara-Afrika wird vorrangig unterstützt.
- Fragile Staaten, die die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung nicht erfüllen können, gelten als besonders unterstützenswert.
- Ernährungssicherung und Landwirtschaft sowie Frieden und Sicherheit sind die Sektoren, die am meisten Unterstützung erfahren.

Entwicklungspolitik ist auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Zwar zeigen Befragungen, dass die Bevölkerung Deutschlands staatliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) befürwortet; gleichzeitig zweifeln jedoch viele Menschen an der Wirksamkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen. Auch befürchten sie, dass durch Korruption in den Partnerländern Mittel verloren gehen. Um den öffentlichen Diskurs zu diesem Thema evidenzbasiert mitzugestalten, benötigen entwicklungspolitische Entscheidungsträger*innen Wissen darüber, was die Bevölkerung von Entwicklungspolitik erwartet.

Dieser Frage ist der DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021 nachgegangen. Dabei wurde untersucht, welche Partnerländer die Bevölkerung als besonders unterstützenswert erachtet und an welchen sozioökonomischen und politischen Merkmalen der Länder sie dies festmacht. Hierzu wurde ein sogenanntes Choice-based Conjoint-Experiment durchgeführt, in dem die 3.000 Befragten einer repräsentativen Stichprobe jeweils zehn Mal zwischen zwei hypothetischen EZ-Partnerländern wählen sollten. Bei den ersten fünf Auswahlentscheidungen dienten

ausgewählte Charakteristika der Länder als Kriterium (z. B. Armut, Korruption, Fragilität), bei den zweiten fünf waren es reale Ländernamen (siehe Kapitel 6, Kasten 13 in Schneider et al. 2021, für eine detaillierte Erklärung).

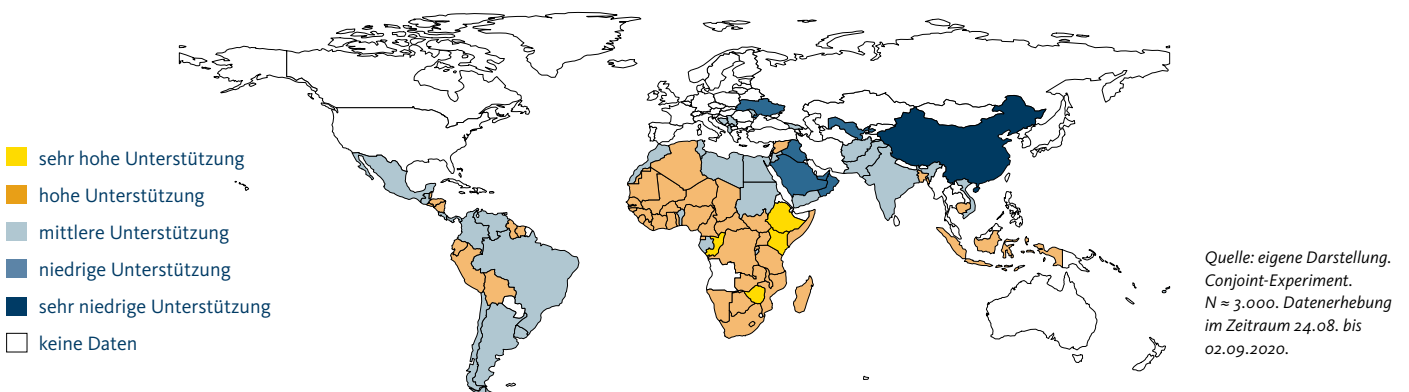
EZ mit Ländern in Subsahara-Afrika wird besonders unterstützt

Besonders hohe Unterstützung erfährt EZ mit Ländern in Subsahara-Afrika. Im Vergleich dazu ist die Unterstützung für EZ mit Ländern in Lateinamerika, Asien und Osteuropa geringer. Äthiopien, Kenia, Simbabwe und die Republik Kongo werden von der Bevölkerung als besonders unterstützenswert wahrgenommen. EZ mit China, Saudi-Arabien und der Ukraine erfährt hingegen kaum Unterstützung.

Hohe Armut, geringe Korruption und eine christliche Bevölkerung entscheidend für Unterstützung der EZ

Hohe Armut in einem Partnerland geht mit höherer Unterstützung einher, ein hohes Maß an Korruption hingegen mit niedriger Unterstützung. Gleichzeitig wird EZ mit Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung weniger unterstützt als EZ mit Ländern, in denen die Bevölkerung überwiegend christlich ist. Darüber hinaus ist das Niveau der staatlichen Fragilität wichtig. Entlang der zentralen Dimensionen von Fragilität zeigt sich, dass eingeschränkte staatliche Kapazitäten, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, dazu führen, dass EZ mit einem Partnerland stärker unterstützt wird. Hingegen fällt die Unterstützung geringer aus, wenn die Bevölkerung des Partnerlandes ihrer Regierung nicht vertraut (geringe Legitimität) oder wenn die Regierung des Landes nicht das Gewaltmonopol innehat (geringe Autorität).

Abbildung. Unterstützung für Partnerländer der EZ



Höhere Unterstützung für „Ernährungssicherung und Landwirtschaft“ sowie „Frieden und Sicherheit“

Thematisch wird eine Zusammenarbeit in den Sektoren „Ernährungssicherung und Landwirtschaft“ sowie „Frieden und Sicherheit“ von der Bevölkerung besonders unterstützt. Eine Zusammenarbeit in den Sektoren „Wirtschaftsförderung“ und „Klimawandel“ hingegen wird von der Bevölkerung als weniger unterstützenswert wahrgenommen.

Implikationen für Entwicklungspolitik und EZ

Diese Ergebnisse deuten auf ein Spannungsfeld zwischen den Erwartungen der Bevölkerung an die EZ und dem Selbstverständnis vieler EZ-Akteure hin. Während Erstere von einem Narrativ der Hilfe bei der Armutsbekämpfung geprägt sind, stehen bei Letzterem eine partnerschaftliche globale Entwicklung und das

Literatur

Schneider, S. H., Eger, J. und Sassenhagen, N. (2021), *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2021 – Medieninhalte, Informationen, Appelle und ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn, <https://bit.ly/3tk5jG>.

Lösen globaler Herausforderungen im Mittelpunkt. Gleichzeitig hat die Bevölkerung Vorbehalte gegenüber einem EZ-Engagement in Staaten, die von Korruption betroffen sind. Dasselbe gilt für fragile Staaten, die eine geringe Legitimität oder geringe Autorität in ihrem Staatsgebiet aufweisen.

Aufgabe entwicklungspolitischer Kommunikations- und Bildungsarbeit muss es daher sein, Anknüpfungspunkte an das in der Bevölkerung vorherrschende EZ-Narrativ zu schaffen, ohne die mit dem eigenen Selbstverständnis verknüpften Zielsetzungen zu vernachlässigen. Ein möglicher Ansatzpunkt besteht darin, die komplexen und oft langfristigen Zusammenhänge von Armutsbekämpfung einerseits und der Bewältigung globaler Herausforderungen beziehungsweise der Schaffung stabiler (rechts-)staatlicher Strukturen andererseits zu vermitteln. Dies kann dazu beitragen, das Verständnis und die Unterstützung für entwicklungspolitische Maßnahmen in der Öffentlichkeit langfristig zu erhalten.

Jens Eger
Evaluator

Nora Sassenhagen
Evaluatorin

Dr. Sebastian Schneider
Teamleiter

Dr. Martin Bruder
Abteilungsleiter

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten. Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit transparenter zu machen.